

Neues aus dem Neckartal
in Farbe jetzt auch auf
www.tuebingen.die-linke-bw.de

Neues aus dem Neckartal

Politisches nicht nur aus Rottenburg, Hirrlingen, Starzach und Neustetten

Schäubles „Schwarze Null“ auf Kosten der Jugend

Es fehlen Milliarden für die Infrastruktur, für Bildung und Ausbildung

„Bis 2020 gibt es keine Neuverschuldung, Basta!“ Zähler hält Schäuble an seinem Märchen von der Schwarzen Null fest. Es folgen ihm auf Landesebene Kretschmann (Grüne) und Nils Schmid (SPD) und in Rottenburg EX-Finanzbürgermeister Derbogen.

Neue Schulden sind in Verruf, weil in der Vergangenheit die SPD-Grüne-Regierung den Reichen Millionen Euro geschenkt hat (z.B. Kapitalertragssteuern) und die Steuern für die breite Bevölkerung gestiegen sind. Nur wer keine neue Schulden macht, belastet die künftige Generation nicht. So der Irrglaube. Denn dieses Märchen ist das Kernstück der neoliberalen Ideologie vom „schlanken Staat“: Sie beinhaltet den Umbau unseres Steuersystems, indem die Millionäre von jeglichen Steuern befreit werden (z.B. Kapitalertrags- und Erbschaftssteuern) zu Lasten der Lohn- und Verbrauchssteuern der Bevölkerungsmehrheit.

Die Staatsausgaben sollen in der öffentlichen Daseinsvorsorge gedrosselt werden, besonders durch weniger und schlecht ausgebildetes Personal. Not-

wendige Investitionen werden anstelle des Staates an private Investoren vergeben und die Profite über Gebühren von der Bevölkerung bezahlt. Deshalb haben CDU, SPD und Grüne die „Schuldenbremse“ im Grundgesetz verankert und verhindern die Wiedereinführung der Vermögenssteuer für Millionäre.



Was ist falsch an der „Schwarzen Null“ und der Schuldenbremse?

Erstens investiert jeder vernünftige Betrieb mithilfe von Schulden in seine Zukunft, weil er diese durch Gewinne wieder zurückzahlt. Auch bei den **Rottenburger Stadtwerken** wird mithilfe von „rentierlichen Schulden“ in die

Zukunft investiert, weil diese in der Zukunft über Gebühren wieder ausgeglichen werden.

Zweitens belügt Schäuble die nächsten Generationen: Er belastet sie massiv durch fehlende Investitionen. Das Loch ist auf 130 Milliarden auf Bundesebene angewachsen, davon 32 Mrd. Euro in unserem Musterlände. Im Wohnungsbau fehlen seit Jahren Milliarden für preiswerte Mietwohnungen. Folge ist eine Preisexplosion bei Mieten und Grundstücken zugunsten der Immobilienspekulanten. Sie haben ca. 800 Mrd. Euro in „Betongold“ angelegt und nutzen die Wohnungsnot, um Kasse zu machen.

Es fehlen Milliarden für Investitionen in Straßenbau, Schienenverkehr (ÖPNV und Güterverkehr), Brücken und Tunnels. Wenn Grube investiert, dann in Prestigeprojekte (Stuttgart 21) und in die europäische Expansion der DB (Großbritannien), während das Personal Millionen Überstunden schieben muss und die Straßen vom Güterverkehr verstopft sind.

Es fehlen Milliarden in der Bildung und Ausbildung unserer Jugend, so >>

Lesen Sie weiter:

Linksjugend Solid Rottenburg gegründet Seite 3

Stuttgart 21 am Ende - Jetzt rollen die Köpfe Seite 5

Glyphosat - Das Gift in uns Seite 8

Nachbarschaftshaus im Kreuzerfeld: Antrag stellen! Seite 10

Unsere Kinder sind es uns wert Seite 11

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer die Stadt!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer die Stadt!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer die Stadt!

dass der Fachkräftemangel ansteigt und gleichzeitig immer mehr Jugendliche in prekäre Arbeitsverhältnisse (Befristung, Werkverträge usw.) kommen. Bislang wollte Schäuble die Integration geflüchteter Jugendlicher den Länderhaushalten aufbürden. Jetzt muss der Bund 35 Prozent für Sprachkurse, Unterbringung und Ausbildung zahlen. Gleichzeitig wachsen bei uns seit Jahren zwei Millionen Kinder und Jugendliche in Armut und ohne Würde und Perspektive auf, die Jugendarbeitslosigkeit steigt - auch volkswirtschaftlich eine Riesenverschwendung.

Staatsversagen: Unsere Sicherheit ist in Gefahr

Der neoliberale „schlanke Staat“ Schäubles gefährdet inzwischen die Sicherheit ganzer Regionen: Trotz wachsender Aufgaben wurden bundesweit von 260.000 Stellen bei der Polizei 16.000 gestrichen, so dass straff organisierte Banden in der Alltagskriminalität bei Einbruch und (Taschen-) Diebstahl nahezu ideale Bedingungen vorfinden. Das Versagen in der Kölner Sylvesternacht spricht Bände. „Der Fluch zu vieler Sparrunden“, titelt die Stuttgarter Zeitung (9./10.2016). Aber De Maizière will künftig billige „Hilfspolizisten“ statt ausgebildete

Fachkräfte einsetzen. Dagegen sieht Justizminister Heiko Maas (SPD) in der „Schuldenbremse“ eine große Gefahr für die Sicherheit, weil nicht genügend Personal eingestellt werden kann. Die öffentliche Verwaltung ist inzwischen so ausgedünnt, dass es Monate braucht, um in Berlin einen Wohnungsumzug zu melden. Der Berg zu bearbeitender Asylanträgen wächst, weil inzwischen 2.000 Asylentscheider fehlen. In Baden-Württemberg ist ausgebildetes Personal (Verwaltung, Kitas) so knapp, dass die Städte eine Werbekampagne zur Personalgewinnung führen.

Auch in Rottenburg wachsen die Überstunden bei der Polizei und im Justizvollzug drastisch an. In unseren Kitas werden Erzieherinnen so schlecht bezahlt, dass sie in andere Kommunen wechseln. Der dauernde Personalwechsel schadet den Kindern und dem Ruf Rottenburgs als Bildungsstadt.

Schäubles „Sparpolitik“ kommt uns teuer zu stehen!

Man kann es auf den Nenner bringen: Die „schwarze Null“ ist eine Beruhigungsspielle für die Bevölkerung auf Kosten der nächsten Generation, die die verschleppten Investitionen zahlen muss. Zugleich dient Schäubles Fi-

nanzpolitik der Bereicherung unserer Multimillionäre: Während die Renten bald zu 100 Prozent besteuert werden, werden immer mehr Firmenerben mittels „Erbrechtssteuerreform“ gänzlich von der Steuer befreit und nehmen Aktiengewinne ein: Allein 2016 zahlen die DAX-Konzerne fast 30 Milliarden an Gewinnen aus. Und mit seiner jahrelangen Verzögerung versagt Schäuble bei der Steuerflucht, auch weil Stellen für betriebliche Steuerprüfer gestrichen wurden – in Baden-Württemberg am meisten.

Diese „Sparpolitik“ kommt uns teuer zu stehen. Denn sie gefährdet die Zukunft unserer Gesellschaft, sie muss radikal verändert werden: Statt populistischer „Schuldenbremse“ Erhöhung der Einnahmen durch eine Millionärssteuer für nachhaltige Investitionen in unsere Zukunft und in unsere Jugend!



Dr. Emanuel Peter

Gemeinderat
Kreisrat
„DIE LINKE“
Rottenburg

Ist Frankreich abgebrannt?

Während der Fußball-Europameisterschaft las man wenig von den Demonstrationen und dem Kampf der französischen Arbeitnehmer gegen die sogenannten Arbeitsmarkt-reformen. Die sportlichen Ereignisse und die Berichte über die innere Sicherheit übertünchten die Berichterstattung und dies wohl nicht zum Bedauern von Politik und Wirtschaft.

Mit Neid kann man auf französische Gewerkschaften blicken. Mit Protesten und Streiks wehren sich die Arbeitnehmer gegen die sogenannten Reformen. Sie lassen sich wenig von den massiven Polizeieinsätzen einschüchtern. Aber in Frankreich herrscht Ausnahmezustand. Man darf die Frage stellen, ob diese Situation nur der Sicherheit der Bevölkerung dienen soll oder nicht auch eine Drohgeste gegenüber den Arbeitern und ihren Gewerkschaften, die in manchen Fällen nicht nur

eine Geste bleibt. Das Verbot einer Demonstration aus „Sicherheitsgründen“ ist Beleg genug. Dass sie dann trotzdem - auf kürzerem Marschweg - stattfand, zeigt die Macht der französi-



schen Gewerkschaften.

Man kennt die ganze Litanei der Forderungen der Kapitalisten: Erleichterung für Investitionen, Senkung der Kosten - vor allem der Lohnkosten, Verlängerung der Arbeitszeit (Flexibilisierung!), Einschränkungen des Kündigungsschutzes, Zeit- und Werkverträge, Verschlechterung der Arbeitsbedingungen ... Alles dies geschieht mit dem Hinweis auf die Wettbewerbssituation in Europa und unter dem Namen: Liberalisierung des Arbeitsrechts.

Dass die Regierung unter Präsident Hollande die Reform des Arbeitsrechts unter Umgehung der Nationalver-

sammlung durchsetzt - zwar verfassungsmäßig möglich - lässt erkennen, dass hier weniger die Interessen der Arbeiterschaft, sondern eher die der Kapitalisten vertreten werden.

Gestreikt wird bei der Bahn, bei der Air France, in Erdölraffinerien, bei der Müllabfuhr, in Atomkraftwerken, Häfen werden blockiert ... Es geht also nicht um einige wenige Einzelinteressen. Der Widerstand ist breit gestreut. Die Schere zwischen Armen und Reichen muss wieder zusammengehen.

Vergessen wir nicht:

Wer nicht kämpft, hat schon verloren!

Leute kämpft um Euer Recht!



(Aus meiner Rede bei der Montagsdemo in Tübingen am 6.6.2016)

Hans Jürgen Petersen
Rottenburg

Linksjugend Solid Rottenburg gegründet

Wer wir sind und was wir wollen:

**linksjugend
['solid]** 

Wir sind eine Gruppe Jugendlicher, die sich unter dem Namen ['solid] zusammengesetzt hat und sich vor allem zum Ziel gesetzt hat, mehr junge Menschen zu vereinen und im Rahmen von Öffentlichkeitsarbeit und verschiedenen Veranstaltungen politisch aufzuklären.

Wir wollen uns für mehr Interesse, mehr Offenheit, Verständnis sowie Toleranz einsetzen.

Grundsätzlich sind wir gegen jegliche Art von Gewalt und Diskriminierung, gegen

rechte Hetze, Rassismus, Sexismus, Homophobie und für ein gerechtes, solidarisches Miteinander sowie ein selbstbestimmtes Leben!

In den heutigen Zeiten, in welchen AfD und Co. immer mehr Sympathisanten gewinnen, möchten wir ein Bewusstsein für die Gleichheit eines jeden Menschen schaffen, sensibilisieren sowie auf andere wichtige Themen aufmerksam machen.

Wir möchten zeigen, dass Politik wichtig und spannend ist und vor allem, dass jeder sich engagieren kann und sich seine eigene Meinung bilden sollte.

Wir möchten Mut machen tätig zu werden, anstatt nur untätig den Nachrichten zu lauschen.

Politik findet nicht nur im Parlament statt sondern überall!

Jeder kann etwas tun und gemeinsam können wir etwas erreichen.

Jeder sollte die Möglichkeit haben, sich seine eigene, politische Meinung bilden zu können, doch oft wird dies durch Eltern, rechte Hetze oder die Medien beeinflusst.

Deshalb wollen wir eine freie Meinungsbildung möglich machen, indem wir Themen, welche in den so einseitigen Nachrichten totgeredet werden, spannend gestalten und wahrheitsgetreu darstellen und aus verschiedenen Blickwinkeln beleuchten, sowie die wahren Hintergründe ansprechen, die oft verschwiegen werden.

Was wir konkret umsetzen wollen:

Uns ist es wichtig, mehr Freiraum und Freizeitgestaltungsmöglichkeiten (besonders) für Jugendliche in Rottenburg zu schaffen, die nicht mit Konsum verbunden sind.

Wir möchten Veranstaltungen für junge Menschen organisieren, um neue Brücken zwischen Menschen zu bauen und Raum für neue Verbindungen zu schaffen.

Außerdem möchten wir uns für ein verbessertes Verbindungsnetz im Stadtverkehr, sowie im gesamten Kreis Rottenburg einsetzen.

Wir möchten ein neues Bewusstsein schaffen für wichtige Themen, welche oft als langweilig, unnötig oder unveränderlich angesehen werden, verdrängt werden oder sogar gutgeheißen werden, wie z.B. Pegida/AfD/Der Dritter Weg, sowie weitere aktuelle Themen wie Waffenexporte, die wahren Hintergründe der Flüchtlingsströme, Amerikas Außenpolitik, Banken und Megakonzerne sowie die heutige Konsumgesellschaft und Lebensmittelherkunft und Lebensmittelverschwendung.



Wenn auch ihr euch engagieren wollt, neue Ideen und Fragen habt oder euch eines unserer Treffen anschauen möchtet, schreibt uns doch!

E-Mail: solid-rottenburg@riseup.de

Landesregierung verschärft prekäre Arbeit

Kündigung von Lehrerinnen und Lehrern während der Ferien

Mit Beginn der Sommerferien werden 3.879 LehrerInnen arbeitslos, weil sie das Land nur befristet eingestellt hat. Die meisten haben ein ganzes Schuljahr über in Grund-, Realschulen oder Gymnasien normal unterrichtet, aber keine Beamtenstelle erhalten. Jetzt werden sie entlassen und müssen Arbeitslosengeld oder Hartz IV beantragen.

Nach sechseinhalb Wochen Ferien werden sie wieder eingestellt, damit der Unterrichtsausfall nicht so drastisch ist und Ärger bei den Eltern provoziert. Das Land „spart“ mit dieser unverschämten Lohnkürzung – als bräuchte man nur elf Monate Brot und Wohnung zum Leben – lächerliche 3,5 Mio. Euro.

In ihrem Programm zur Landtagswahl hatte die CDU noch getönt, die Beschäftigung so anzulegen, „dass sich niemand in den Sommerferien arbeitslos melden muss“. Davon will Kultusministerin Susanne Eisenmann (CDU)

jetzt nichts mehr wissen und behauptet, die befristete Beschäftigung sei „die große Ausnahme“: „Nicht alles, was wünschenswert wäre, ist auch finanzierbar.“ Und Ministerpräsident Kretschmann, der die Grünen in die „Wirtschaftspartei 4.0“ umbenannt hat, vermeldet zynisch, dieses Geld sei im Haushalt nicht vorhanden. Die Lehrer sollten doch mithilfe ihrer Gewerkschaft bessere Tarifverhandlungen führen!

Mit diesem unverschämten Vorgehen ist Baden-Württemberg bundesweit absoluter Spitzenreiter: Hier müssen sich im Sommer doppelt so viele LehrerInnen arbeitslos melden wie in Bayern oder in Hessen. **Die Zahl der befristeten, prekären Arbeitsverträge von LehrerInnen hat unser grün-schwarzes Modellland von 1.300 auf 3.900 (2011 bis 2016) schlicht verdreifacht. Gleichzeitig leistet sich diese Landesregierung drei neue Staatssekretäre und 98 neue Stellen in den Ministerien.**

A propos Geld: Ministerpräsident Kretschmann scheint seinen Haushalt nicht zu kennen: Das Land hat allein im ersten Halbjahr einen „überdurchschnittlichen Zuwachs“ an Steuereinnahmen von 2,7 Milliarden Euro (plus 14,7 Prozent) gehabt. Dies zeigt: **Eine durchgängige Bezahlung der angestellten Lehrerinnen wäre möglich. Aber ihre Bezahlung widerspricht dem neoliberalen Weltbild der Grünen.**

Deshalb bekommt die grün-schwarze Landesregierung jetzt den geballten Zorn aller Lehrerverbände im Land (GEW, VBE, Philologen- und Berufsschullehrerverband) sowie Landeschüler- und Landeselternvertretung, die erstmals gemeinsam die Abschaffung dieser unsozialen Zeitverträge fordern. Das muss unterstützt werden!

Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat

Bodenmiller siegt gegen Ulfkotte und Kopp-Verlag

Leserbrief ist ein Beitrag zum politischen Meinungskampf

Nach einem Brandanschlag auf ein Flüchtlingsheim in Schwäbisch-Gmünd im Januar hatte Ex-Stadtrat Albert Bodenmiller die „rechts-populistische und rechtsextreme Hetze“ gegen Geflüchtete in einem Leserbrief kritisiert und Udo Ulfkotte vorgeworfen, er verbreite Gedanken mit 'nationalsozialistischen Elementen'.

Dagegen war der Star-Autor des Kopp-Verlags vor Gericht gezogen – und hat jetzt verloren. Ulfkotte hatte angekündigt, jeden „straf- und zivilrechtlich“ zu verklagen, der ihn in die Nähe von Extremisten bringe. Das sieht Tübingens erste Staatsanwältin anders. Sie hat dieses Verfahren „zum Schutz der Meinungsfreiheit“ eingestellt, denn Bodenmillers Leserbrief sei ein Beitrag zum politischen Meinungskampf in

einer die Öffentlichkeit wesentlich berührenden Frage“ und sein Vorwurf liege in einer Gesamtbetrachtung von Ulfkottes Werk gar nicht so fern. Wer allerdings geglaubt hat, Ulfkotte sei lernfähig, sieht sich eines Besseren belehrt.

Kürzlich hatte die Polizei eine bundesweite Razzia gegen 60 Mitglieder der geheimen Facebook-Gruppe „Groß Deutschland“ durchgeführt. Sie hatten laut Presse Männer und Frauen des Nationalsozialismus verherrlicht, Bilder mit Hakenkreuzen, antisemitische, islam- und fremdenfeindliche Kommentare verbreitet und zur Gewalt gegen Ausländer aufgerufen, so die Staatsanwaltschaft Kempten. Und Ulfkotte? Unter der Überschrift „Zensur-Republik Deutschland: So sollen die Bürger eingeschüchert wer-

den“ auf Kopp-Online (14.7.2016) verharmlost er die rechtsextremen Hasstiraden als „politisch nicht korrekte Äußerungen in sozialen Netzwerken“, die von der „geheimen Staatspolizei in Deutschland“ unter Leitung „unseres Zensurministers Heiko Maas“ (SPD) verfolgt würden und das „Recht auf freie Meinungsäußerung“ (!) Stück für Stück beschneiden.

Ist der Aufruf zur Gewalt gegen wen auch immer ein „Recht auf freie Meinungsäußerung“? Die Verherrlicher des Nationalsozialismus bezeichnet Ulfkotte als „so genannte Verbreiter des neuen Delikts 'Hasskriminalität'“ - die geistige Nähe von Udo Ulfkotte zu alten und neuen Nazis feiert neue Höhepunkte!

Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat

100% sozial.

DIE LINKE.

Stuttgart 21 am Ende – Jetzt rollen die Köpfe

Düstere Wolken über dem Bahntower in Berlin, die Stimmung in der Führungsetage ist eisig. Der DB-Aufsichtsrat macht Bahnchef Grube und dessen Stellvertreter Kefer den Vorwurf, gerade bei Stuttgart 21 versagt zu haben. Denn wieder einmal muss die Bahn zugeben, dass dieses „bestgeplante Projekt aller Zeiten“ noch teurer wird und zwei Jahre später fertig gestellt werden soll, denn alles Vertuschen und Schönrechnen hilft nicht mehr.

Dabei hat der Aufsichtsrat selbst genug Dreck am Stecken, denn er hat, wie berichtet, sich von der Politik beeinflussen lassen, S21 weiterzubauen, obwohl dieses 2012 wegen Unwirtschaftlichkeit vor dem Aus stand. Dabei handelte es sich um unzulässige Einflussnahme, eine strafbare Handlung.

Nun aber stehen diese beiden Herren auf der Abschlusliste, zumindest sollen ihre Verträge nicht mehr verlängert werden. Zunächst verlautete, dass lediglich Grube gehen soll, als sein Nachfolger wurden Kefer und der frühere Kanzleramtsminister und jetzige DB-Vostandsmitglied Pofalla gehandelt. Doch Grube wird von Kanzlerin Merkel protegiert, die ihn trotz seiner Unfähigkeit keinesfalls fallen lassen will.

Doch auch Kefer (Spitzname „Grinse-Kefer“) soll gehen, der immer grinsend alle Probleme weglächelte und dem das Lachen jetzt reichlich vergangen ist. In den Medien war er immer als der „stetig lächelnde nette Herr von der Bahn“ bekannt, der gute Mine zum bösen Spiel machte. Kefer wird zwar als „Bauernopfer“ hingestellt, in Wirklichkeit ist er dies jedoch nicht, sondern ein Versager, dem das Projekt Stuttgart 21 entglitten ist.

Das Aktionsbündnis gegen Stuttgart 21 nennt dies so: Der Rückzug von Volker Kefer aus der Konzernspitze der Deutschen Bahn AG ist ein „Eingeständnis des Scheiterns des Bahnprojekts Stuttgart 21“. Denn hier wird kein „Bauer geopfert“; vielmehr nimmt ein allzu stolzer Turm sich selbst aus dem Spiel: Der für Stuttgart 21 verantwortliche oberste Bahnmanager zieht nun offenbar seine persönliche Notbremse vor

dem sicheren Aufprall auf dem Prellbock eines baulich, finanziell und kommunikativ völlig unkontrolliert taumelnden Projekts. Für die Deutsche Bahn AG ist dieses Spiel ja schon längst nicht mehr zu gewinnen.

Man sollte meinen, der Kefer-Rückzug würde beim grünen Teil der Landesregierung für Erleichterung sorgen, aber das Gegenteil ist der Fall. Für Verkehrsminister Hermann, der S21 früher als „mit Abstand das größte, teuerste, riskanteste und dümmste Projekt in der Geschichte der Eisenbahn“ verdammt hatte, war Kefer stets der „ideale Ansprechpartner für dieses komplexe Ge-



bilde“, und er bedauert es sehr, dass dieser nun geht. Darüber hinaus sehe er aufgrund der „Volksabstimmung“ die Verpflichtung zum Weiterbau. Aber auch sein Umfaller-Kollege, der grüne Tübinger OB Palmer, ist voll des Lobes für Kefer und „möchte jetzt lieber weiterbauen“, da der Bau schon zu weit vorangeschritten ist und der Zeitpunkt für einen Aus- oder Umstieg angeblich verpasst wurde.

Bei der mit Spannung erwarteten DB-Aufsichtsratssitzung am 15. Juni kam lediglich heraus, dass ein „unabhängiges“ Gutachten zur Kosten- und Terminalsituation bei Stuttgart 21 in Auftrag gegeben werden sollte. Der Aufsichtsrat will sich damit Klarheit über die Probleme bei Stuttgart 21 verschaffen. Dabei solle der wirtschaftliche und technische Stand nochmals untersucht werden. Da diesem Gutachten lediglich Daten der Bahn zugrunde liegen, muss allerdings die Unabhängigkeit des Ergebnisses angezweifelt werden. Ansonsten vertagte man sich bis zur nächsten Sitzung im September, bei der dann auch das Gutachten vorgelegt soll.

Dann traf sich nach mehrfacher Verschiebung am 30. Juni noch der S21-Lenkungskreis, in dem die einzelnen Projektpartner vertreten sind. Der Noch-Bahn-Technikvorstand Kefer stellte bei dem Treffen klar, dass man an den

ursprünglichen Zielvorgaben für Stuttgart 21 festhalten wolle, einschließlich des „Kostendeckels“ von 6,8 Milliarden und des Fertigstellungstermins Ende 2021. „Wir, die Bahn inklusive Vorstand und Aufsichtsrat, stehen weiterhin zu dem Projekt. Das ist doch überhaupt keine Frage. Das Projekt wird zu Ende gebaut“, so Kefer. Was für ein Hohn, denn selbst der Bundesrechnungshof geht nach umfangreicher Prüfung nun von mittlerweile 10 Milliarden aus.

Auch für die beiden Projektpartner Stadt Stuttgart und das Land kommt ein Abbruch von Stuttgart 21 nicht in

Frage. „Unser Verhandlungsverhalten inklusive von meinem eigenen ist aufs Gelingen aus, nicht aufs Scheitern“, sagte der grüne Stuttgarter OB Fritz Kuhn. Kuhn und Verkehrsminister Hermann haben somit erneut

versucht, von den wahren Problemen bei Stuttgart 21 abzulenken, wobei sie ganz genau wissen, dass die Vorgaben, mit denen sie das Tunnelprojekt S21 angeblich vor dem Absturz retten wollen, nie und nimmer einzuhalten sind.

Wie lange noch können die Verantwortlichen so weiter machen, bis sie merken, dass das Projekt Stuttgart 21 längst gegen die Wand fährt? Was muss noch alles passieren, bis sie zum Umdenken gezwungen werden?

Kürzlich wurden vom Aktionsbündnis gegen S21 konkrete Pläne für einen ertüchtigten und modernisierten Kopfbahnhof vorgestellt, wobei die bisherigen Baumaßnahmen mit einbezogen werden.

Damit diese auch umgesetzt werden, schließen wir uns dem Slogan

„Auferstanden aus der Grube – Projekt Zukunft in Stuttgart“

an und wollen deshalb weiterhin

OBEN BLEIBEN!

Gastbeitrag von **Jürgen Hückstädt**
Rottenburg

Demokratie verteidigen - TTIP und CETA stoppen !

Eklatanter Verstoß gegen Demokratie und Sozialstaat

Jahre des Protests, mehr als 3,5 Millionen Unterschriften gegen TTIP und CETA und immer wieder Hunderttausende auf der Straße gegen die Freihandelsabkommen haben Wirkung gezeigt. Die aktuelle US-amerikanische Regierung wird TTIP nicht mehr verabschieden. Protest, der auch die SPD und ihren Wirtschaftsminister Gabriel unter Druck setzt. Weiter so!

Die grundlegenden Probleme, wie Demokratieabbau, Paralleljustiz für Konzerne, sinkende Verbraucher- und Arbeitnehmer-Standards bleiben nämlich weiter eine Gefahr, selbst wenn TTIP nicht kommen sollte. Denn dies ist alles in CETA enthalten.

Dieses EU-Freihandelsabkommen mit Kanada sieht eine regulatorische Kooperation zwischen den Vertragsparteien vor, mit weitreichenden Einflussmöglichkeiten auf die Gesetzgebung für Konzerne, alles an den Parlamenten vorbei.

Auf der Basis von CETA können nicht nur kanadische, sondern auch tausende US-Unternehmen über Niederlassungen in Kanada ihre Interessen durchsetzen. Und genauso werden europäische Konzerne mit kanadischen Tochterunternehmen zukünftig gegen die EU

klagen, sollten ihre Profitinteressen verletzt werden. Laut Wunsch der EU-Kommission und der Bundesregierung soll CETA beim EU-Kanada-Gipfel im Oktober offiziell unterzeichnet werden.



Nationale Parlamente stören da nur. Deshalb will die EU-Kommission bis zu deren erforderlichen Zustimmung CETA bereits vorläufig anwenden, nach Zustimmung des Europäischen Rates und des Europäischen Parlaments.

Auch die Grünen fahren einen Wackelkurs in Sachen CETA und TTIP. Während die Grünen im Bundestag gegen die Abkommen sprechen, ist Ministerpräsident Kretschmann ein Befürworter, die Stimmen aus Baden-Württemberg im Bundesrat gelten als sicher. Umso wichtiger, dass nun in Bayern eine Initiative für eine Volksabstimmung über CETA ins Leben gerufen wurde. Sie will die bayerische Lan-

desregierung darauf festlegen, im Bundesrat gegen CETA zu stimmen.

Deswegen hat die Protestbewegung in Baden-Württemberg die besondere Aufgabe, die grün-schwarze Landesregierung unter Druck zu setzen. Die nächste Möglichkeit hierfür wird der 17. September sein. An diesem Tag wird bundesweit in sieben Städten gegen CETA und TTIP demonstriert. Auch in Stuttgart wird **DIE LINKE** mit einem eigenen Block vertreten sein.

Zudem geht die Bundestagsfraktion der Linken auch noch den juristischen Weg.

CETA verstößt so eklatant gegen Demokratie und Sozialstaat, dass wir am 15. Juli Klage beim Bundesverfassungsgericht eingereicht haben.

Gastbeitrag von



Heike Hänsel

Mitglied des Bundestags

„DIE LINKE“

Tübingen

Nicht vergessen!



Für einen gerechten Welthandel! CETA & TTIP stoppen!

CETA und TTIP, die Abkommen der EU mit Kanada und den USA, drohen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu untergraben. Im Herbst

geht diese Auseinandersetzung in die heiße Phase:

EU und USA drücken aufs Tempo und wollen TTIP bis zum Jahresende fertig verhandeln.

CETA ist bereits fertig verhandelt. EU-Kommission und Bundesregierung wollen, dass das Abkommen beim EU-Kanada-Gipfel im Oktober offiziell unterzeichnet wird. Zuvor müssen sowohl der EU-Ministerrat als auch die Bundesregierung entscheiden, ob sie CETA stoppen. CETA dient als Blaupause für TTIP. Schon mit CETA könnten Großunter-

nehmen über kanadische Tochtergesellschaften EU-Mitgliedsstaaten auf Schadensersatz verklagen, wenn neue Gesetze ihre Profite schmälern.

Kretschmanns „Grüne“ Wirtschaftspartei 4.0

Neoliberaler Durchmarsch von Grün und Schwarz

Die Grünen in Baden-Württemberg entwickeln sich in so rasantem Tempo zu einer bürgerlichen Partei, dass man gar nicht hinterherkommt – kommentiert die Stuttgarter Zeitung die Regierungserklärung von Kretschmann. In Springers „Welt am Sonntag“ erklärte der altneue Ministerpräsident (MP) dazu: „Aber ich bin jemand, der die Grünen ganz in die Mitte ziehen will.“ (Mai 2016)

Damit ist Kretschmann schon weit gekommen. Innerhalb der Grünen hat er durchgesetzt, dass Sinti und Roma wieder auf den Balkan als „sichere Herkunftsländer“ und damit in Armut und Verfolgung abgeschoben werden können. Gleiches will er für Tunesien, Algerien und Marokko durchsetzen, Länder, die größtenteils von Bürgerkrieg und IS-Terror zerrissen sind. Der Begriff „sichere Herkunftsländer“ zerstört das Grundrecht auf individuelle Prüfung des Asylantrags. Was kümmert's noch diese „Bürgerrechtspartei“!

Als neue „Wirtschaftspartei 4.0“ (Kretschmann) ist der Ministerpräsident natürlich für die Befreiung der Millionenerben von der Erbschaftsteuer. Ausgerechnet eine reine Landessteuer, mit der er sein 2,6 Milliardenloch bequem beseitigen könnte.

Außerdem sollen Firmen weniger Steuern zahlen, wenn sie das Geld angeblich in die Forschung investieren. Würden sie dann nicht forschen?

Der Wirtschaft wird auch schmecken, dass Grün-Schwarz bereits im nächsten Jahr 800 Mio. Euro einsparen will, davon 430 Mio. Euro bei den Kommunen. Mit dem Sparen gleich angefangen hat die Landesregierung bei der Entlassung von 3.900 angestellten Vertretungslehrern. Nur ein Pech, dass gleichzeitig die Aufstockung um 98 Stellen in den Ministerien bekannt wurde. Das macht im Landeshaushalt sieben Millionen.

Jetzt versteht man auch besser, warum Grünen-Jungstar Jörg Bischof in den Rottenburger Haushaltsberatungen eine bessere Bezahlung der Zweitkräfte in den Kitas mit dem Argument ablehnte, dann wäre kein Geld mehr für Investitionen vorhanden. Damit kopierte er Kretschmanns „soziale“ Ansichten beim Landesparteitag der Grünen 2014 in Tuttlingen, als er Investitionen für die „Industrie 4.0“ gegen höhere Renten ausspielte: „Die Bundesregierung solle die Milliarden lieber ins Glasfasernetz als in Rentenerhöhungen stecken, forderte er.“ (Süddt. Zeitung, 9.11.2014)

Oberpeinlich wurde jetzt die Veröffent-

lichung der Geheimabsprachen von Grünen und CDU mit 43 Projekten „ohne Haushaltsvorbehalt“, d.h. keinerlei Kürzungen, egal wie die Konjunktur und die Steuereinnahmen laufen! Dieses Geheimpapier steht im krassen Widerspruch zum Koalitionsvertrag, weil die Umsetzung der Projekte 2,2 Milliarden Euro ausmachen und das Haushaltsrecht des Parlaments zentral angreift. Das versteht Grün-Schwarz also unter „Transparenz“, denn „Transparenz hat eben seine Grenzen“, so Kretschmann in der Pressekonferenz (19.7.2016).

Kein Wunder, dass die neue Landesregierung für ihren neoliberalen Durchmarsch zusammen mit der CDU zwei Regierungspräsidenten absetzt, weil sie das falsche Parteibuch haben – man will halt bei der Durchsetzung der „Sparpolitik“ kein Risiko eingehen. **Nur konsequent ist dann, dass der MP strikt auf eine grün-schwarze Koalition im Bund zusteuert und kategorisch Rot-Rot-Grün ausschließt. Recht hat er, denn Grün war schon immer die Mischung aus Blau und Gelb, den Farben der neoliberalen FDP!**

Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat

„Demo gegen Rechts“

Rund 400 Teilnehmer, vorwiegend Jugendliche, hatte die „Demo gegen Rechts“ am Samstag in Rottenburg besucht. Sie war damit die größte Demonstration der letzten Jahre in der Stadt von Eugen Bolz. Anlass waren Schmierereien des „III. Wegs“ und rechtsextreme Zettelchen in Briefkästen und an Schulen, aber auch die Aktivitäten des Kopp-Verlags.



Glyphosat - das Gift in uns

Vorbeugen oder nachsorgen?

Nachdem das Unkrautvernichtungsmittel Glyphosat von Monsanto für weiter 18 Monate zugelassen wurde, ist es wieder ruhig um das Gift geworden. Lediglich im Wirtschaftsteil von Zeitungen wird um die Höhe des Übernahmeangebots von Bayer gerätselt bzw. ob nicht auch noch BASF in den Bieterkreis einsteigen wird. Es ist eine trügerische Ruhe!

Um dem Verbraucher zu ermöglichen, sich selbst eine Meinung zu Glyphosat zu bilden, veranstaltete **DIE LINKE** Rottenburg eine Informationsveranstaltung. Sie war trotz eines EM- Fußballspiels sehr gut besucht. Nach dem Einführungsreferat von Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat der LINKEN in Rottenburg und Kreisrat, entspann sich eine äußerst rege, aber doch sehr sachliche Diskussion zwischen dem Referenten und auch unter den Zuhörern selbst.

Schnell zeigte sich, dass das Thema „Glyphosat“ äußerst unübersichtlich, wenn nicht sogar undurchsichtig ist. Hart stoßen hier wirtschaftliche Interessen, die der Produzenten wie die der Anwender, auf den Verbraucherschutz. Grundlegende Prinzipien stehen gegeneinander: Muss ein Produkt, das als vermutlich krebserregend eingeschätzt wird, verboten werden (Vorsorgeprinzip) oder muss abgewartet werden, bis seine Schädlichkeit bewiesen wurde, was aber natürlich erst nach Markteinführung eines Produktes möglich ist und der Schaden bereits eingetreten ist. Aber es ist auch ein Beleg für die Komplexität politischer Entscheidungen im Rahmen der EU und auch ein Grund für die Skepsis gegenüber der EU.

„Glyphosat ist ein Total-Herbizid, d.h. ein Allseits-Unkrautvernichtungsmittel. Es vernichtet alle Pflanzen, es sei denn, sie wurden durch Gentechnik widerstandsfähig gemacht. ... Monsanto erhielt sein Patent für Glyphosat 1974 und erzielte mit seinem Produkt Roundup im letzten Jahr einen Umsatz von 4,8 Milliarden US-Dollar. Denn seit es gentechnisch veränderte

Pflanzen gibt, die gegen Glyphosat widerstandsfähig sind, kann das Mittel auch nach der Saat eingesetzt werden. Monsanto produziert als weltweit größter Saatgutproduzent das dazugehörige genmanipulierte Getreide. In Deutschland wird Glyphosat auf etwa 40 Prozent aller Agrarflächen eingesetzt. ... Dabei stützt sich die EU auf Gutachten, das vom Deutschen Institut für Risikobewertung in Berlin erstellt wird. Das Institut, dem drei Vertreter von Bayer und BASF angehören, hält Glyphosat für unbedenklich, solange es korrekt angewendet wird. Das Institut führt aber keine eigenen Untersuchungen durch, sondern sichtet nur die vorliegenden Studien, die überwiegend von den Konzernen selbst stammen. Auf diese Bewertung stützt sich dann die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA). Sie hat kürzlich völlig überraschend vorgeschlagen, die täglich akzeptable Aufnahmedosis von



Glyphosat für den Verbraucher von 0,3 auf 0,5 Mil-ligramm/pro Kilogramm Körpergewicht als unbedenklich zu erhöhen. Dies steht im krassen Widerspruch zur Internationalen Agentur für Krebsforschung (IARC) der Weltgesundheitsorganisation WHO, die Glyphosat für wahrscheinlich krebserregend beim Menschen hält. ...

Die aktuelle Debatte konzentriert sich auf das Krebsrisiko. Das ist nicht falsch, aber eine gefährliche Verharmlosung der anderen Schädigungen, die Glyphosat hervorruft. Allein auf das schwer nachweisbare Krebsrisiko zu verweisen, halte ich für eine Sackgasse, in die wir nicht hineinfahren sollten!

So hat Professor Günter Neumann von der Uni Hohenheim schon vor Jahren auf die Schäden an Äckern und Pflanzen hinge-

wiesen. Interessant ist, dass seine Untersuchungen von 2008 bis 2012 im **Landkreis Tübingen mit Schwerpunkt auf Äckern in Wendelsheim und Hirrlingen** stattgefunden haben.“

DIE LINKE
Einladung
zur Veranstaltung zum Thema:

Wie gefährlich ist Glyphosat für Mensch und Tier?

Wo? - Gasthof Adler in Wurmlingen
Wann? - Mittwoch, 15. Juni 2016, 19.00 Uhr

Soweit nur einige Auszüge aus dem Referat von

Dr. E. Peter. Er schloss seine Ausführungen mit :

„Ich denke, es gibt gute Gründe, den Einsatz von Glyphosat in Europa zu verbieten und gegen den Aufkauf von Monsanto durch Bayer einzutreten. Aber ich will der Diskussion nicht vorgreifen, die ich hiermit eröffne.“

Die anschließende Diskussion verlief durchaus munter.

Ein anwesender Landwirt verwies darauf, dass er ohne den Einsatz von Glyphosat er seinen Betrieb schließen müsse. Er stellte die Kosten des Giftes gegen die Kosten herkömmlicher Bodenbearbeitung. Er verwies auf die Treibstoffkosten und die Schädigung der Umwelt durch konventionelle Bodenbearbeitung (Klima, Auswaschungen durch verstärkte Niederschläge, ...) Im Übrigen verfüge er gar nicht mehr über die notwendigen Maschinen zur althergebrachten Bodenbearbeitung.

Einigermaßen betroffen nahmen die anderen Zuhörer diese Information zu Kenntnis und stellten fest, dass ein einfaches Zurück nicht leicht möglich sein wird, aber trotzdem notwendig ist, wenn die Schäden durch Glyphosat eingeschränkt werden sollen. Sehr deutlich wurde auch, dass es nicht um eine Konfrontation mit den Landwirten geht, sondern um ein einvernehmliches Miteinander. Verhaltensveränderung sowohl auf Seiten der Produzenten wie auch der Verbraucher sind die Voraussetzung. Eine Veränderung wird nicht kostenneutral vor sich gehen können ist aber dringend notwendig.



Norbert Kern
Wendelsheim

Im Milchsee ertrinken ...

Man darf nichts beschönigen: Der Preisverfall der Milch ist die Folge der (globalen) Überproduktion von Milch! Oder anders ausgedrückt, es ist die Folge ihrer sinkenden bzw. eingebrochenen Nachfrage. Milch ist ein Produkt für den Weltmarkt geworden. Importiert Russland als Reaktion auf Sanktionen der EU keine Milchprodukte mehr, importieren China und Schwellenländer weniger, dann bleibt zu viel Milch auf dem Markt. Wo zu viel angeboten wird, kann der Preis gedrückt werden.

Aber es sind nicht nur die ausländischen Nachfrager, die den Preis drücken. Es sind auch die Handelsketten, die einen niedrigen Preis als Lockangebot nutzen. Milch, Butter, Käse, Joghurt ... gehören zu den Grundnahrungsmitteln. Auf ihren Preis wird geschaut und wo es billiger ist, da wird gekauft. Verschwiegen kann nicht werden, dass der Preis von Nahrungsmitteln immer noch einen nicht unerheblichen Teil der Haushaltsausgaben ausmacht. Nicht für jeden Haushalt kann es gleichgültig sein, ob für den Liter Milch 1,60 Euro oder 55 Cent zu bezahlen sind. Die Qualität und der Geschmack sei einmal dahingestellt.

Natürlich kann es keinen Bestandschutz für Milchbauern geben - auch nicht für den bäuerlichen Familienbetrieb. Viele andere Berufswege mussten sich umorientieren. Nur darf nicht vergessen werden, dass der (Milch-)

Bauer nicht nur Milch produziert, sondern dass er auch einen wichtigen Beitrag zur Pflege von Natur und Umwelt leistet. In diesem Sinne ist er eben nicht nur ein normaler Marktteilnehmer, der sich eben der Konkurrenz zu stellen hat. (Über den Einsatz von Glyphosat in der Landwirtschaft lesen Sie bitte den Beitrag „Glyphosat - das Gift in uns“ in dieser Ausgabe.)

Zurück zu den Handelsketten: Je weniger sie an die Groß-Molkereien bezahlen müssen, desto größer kann ihre Gewinnmarge sein. Was liegt also näher, als den Preis für die Milch zu drücken. Dieser Druck wird natürlich an die Bauern weitergegeben. Es ist längst nicht mehr so, dass die Milch von der Kuh ohne Umwege auf den Tisch kommt. Viele wollen daran verdienen. Nur das schwächste Glied in der Kette ist der bäuerliche (Klein-) Betrieb. Um seine Mindereinnahmen auszugleichen, produzierte er eben mehr mit der Folge, dass das Mehr an Milch zum weiteren Preisverfall beiträgt. Es ist ein Teufelskreis. Es ist übrigens nicht so, dass ein teurer Verkaufspreis den Produzenten zu Gute kommt. Er vergrößert eventuell nur den Profit des Verkäufers bzw. der Zwischenhändler.

Der Marktmechanismus, dass Angebot und Nachfrage den Preis regulieren, stimmt im Rahmen des EU-Agrarmarktes schon lange nicht mehr. Bis zu 40 Prozent der Einnahmen kamen aus Subventionen und Fördermitteln. Ob der Ruf nach (Neu-) Regulie-

rung des Milchmarktes Abhilfe schaffen kann, muss verneint werden. „Nachfrage-orientierte flexible Milchmengensteuerung“ wird sich als ein Steuerungsungetüm erweisen - wie der Begriff selbst.

Die Nicht-Produktion von Milch den Milchbauern zu bezahlen, um die Milchmenge zu reduzieren, erscheint mir widersinnig. Was tun?

Im regionalen Rahmen scheint Abhilfe möglich. Die Direktvermarktung vom Milchhof zum Verbraucher - vielleicht noch unter Zwischenschaltung einer Verkaufsstelle - ist ein Weg. Der direkte Kontakt zum Produzenten ist auch ein Weg der Qualitätskontrolle und der Qualitätssicherung und ich kann gewiss sein, dass der Preis, den ich bezahle, bei *meinem* Bauern ankommt. Wahrscheinlich habe ich auch die Möglichkeit die Produktionsbedingungen in Augenschein zu nehmen und ich sehe, welche Kosten bei der Produktion entstehen. - Es muss ja nicht so weit gehen, dass ich alle Kühe mit ihrem Namen kenne.

Norbert Kern, Wendelsheim

Informieren Sie sich doch einmal auf www.tue-bio.de



DIE LINKE Rottenburg

lädt ein nach

Rottenburg - Biringen

zum



Sommerfest

am Samstag, den 10. September 2016, ab 16 Uhr
im Bürgerhaus „Buse“ am Sportplatz (Allmandstraße)

mit Musik, Beiträgen und Grill

Special Guests: Bundestagsabgeordnete Heike Hänsel (MdB **DIE LINKE**)
und **Links**jugend Rottenburg

Nachbarschaftshaus im Kreuzerfeld: Antrag stellen!

Die Stadt steht in der Pflicht

Seit vier Jahren gibt es einen offenen Streit zwischen Anwohnern im Kreuzerfeld und der Stadt um ein Haus der Nachbarschaft auf dem Flurstück 12.608, seit das Gerücht aufkam, dieses wunderschöne Grundstück im Zentrum des Neubaugebietes, im gültigen Bebauungsplan für eine „Gemeinschaftseinrichtung“ vorgesehen und als „grüne Mitte“ bezeichnet, könnte an den „meistbietenden Investor“ verhökert werden.

Eigentlich, so wurde den Bewohnern versprochen, sollte mit den ersten Häusern (!) ein Kindergarten gebaut sein. Aber als die Verkäufe etwas schleppend anliefen, ließ die Stadt ihr Versprechen im Papierkorb verschwinden – wie so vieles! Inzwischen sind von den 773 Einwohnern 99 Kinder unter sechs Jahren und 168 Minderjährige zwischen 7 und 18 Jahren (Stand April 2016).

Über 500 Unterschriften hatte die Bürgerinitiative für das Haus der Nachbarschaft und für einen Runden Tisch mit der Stadt gesammelt, zwei Projektwerkstätten mit jeweils mehr als 50 Teilnehmern erfolgreich organisiert. Im Januar 2015 stellte die Stadt zwei Modelle vor, angeblich „ergebnisoffen“.



Ihr Ergebnis war, dass sie allein dastand mit dem Vorschlag, den Einwohnern am Rand vom Kreuzerfeld (Sportparkgelände) zwei Räume anzubieten, zusammen mit Sportverein usw. Obwohl sie damit Schiffbruch erlitt, stellte sie plötzlich vor Weihnachten für dieses Projekt den Antrag auf Zuschussgelder beim Bund. Sie scheiterte damit kläglich, weil zu viele andere Städte überzeugendere Projekte hatten und viel zu wenig Geld zur Verfügung stand.

Jetzt ergibt sich eine neue Situation!

Bundesbauministerin Hendricks hat im Juni 2016 einen „Investitionspakt für sozialen Zusammenhalt“ ins Leben gerufen: "Mir ist wichtig, dass der Investitionspakt allen Menschen zugutekommt, Neuankömmlingen und Einheimischen. Mit diesen Investitionen können wir heute die sozialen Ghettos von morgen verhindern. Denn wir brauchen nicht nur genügend bezahlbaren Wohnraum, wir brauchen auch die Ertüchtigung der sozialen Infrastruktur als Grundlage für den sozialen Zusammenhalt in Städten und Gemeinden. Das sind beispielsweise Begegnungszentren, Stadtteilzentren, Stadtteilschulen oder Kitas."

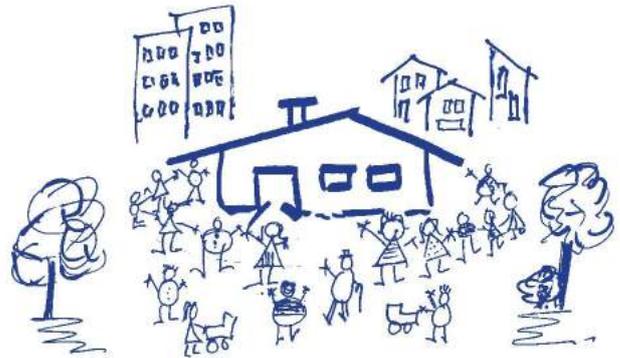
Zusammen mit ihrem Programm „Soziale Stadt“ (keine Erfindung von OB Neher!) stehen ab 2017 pro Jahr 300 Mio. Euro für soziale Stadtentwicklung zur Verfügung: 80 Prozent der Kosten eines Projekts trägt der Bund und jeweils 10 Prozent das Land und die Stadt.

Das Kreuzerfeld alt und neu als größter Stadtteil Rottenburgs mit über 3.000 Einwohnern hat große Probleme mit der sozialen Integration, dem Zusammenhalt von Jung und Alt, von Einheimischen und Zugewanderten anderer Nationalitäten, der Inklusion von Menschen mit und ohne Behinderung und der Entwicklung eines Gemeinschaftsgefühls – wie sich nicht zuletzt an den hohen Prozentzahlen für eine rechtspopulistische Partei ablesen lässt.

Die Stadt hat eine Bringschuld, nicht nur wegen ihrer Versprechungen beim Bau vom Kreuzerfeld-Süd, sondern auch gegenüber den vielen Alt-eingesessenen. Das zeigt sich nicht nur bei den katastrophalen Ver-

kehrsverbindungen vom Kreuzerfeld in die Stadt und zum Bahnhof.

Letztlich wäre ein Haus der Nachbarschaft ein kulturelles Zentrum im Interesse der gesamten Kernstadt und ein Vorzeigeprojekt über Rottenburg hi-



naus, sei es in Kombination mit einem Wohnheim für Menschen mit Behinderung oder mit einer Grundschule. **Deshalb steht die Stadt in der Pflicht, diese Aufgabe mit allen Beteiligten partnerschaftlich sofort in Angriff zu nehmen und einen entsprechenden Antrag an Bund und Land zu stellen!**

Dies will der Förderverein in die Wege leiten. Nimmt man den städtischen Eigenanteil in Höhe von 490.000 Euro für die städtische Begegnungsstätte beim (gescheiterten) Sportplatz-Projekt, so könnte ein Nachbarschaftsheim im Umfang von knapp fünf Millionen Euro gebaut werden – wenn man will und das Projekt durchkommt.

DIE LINKE und die SPD werden einen solchen Antrag im Gemeinderat vorschlagen und unterstützen. So billig bekommt unsere Stadt nie wieder ein beispielgebendes Projekt! Oder sind ihr zehn Prozent Eigenanteil noch immer zu hoch?



Dr. Emanuel Peter
Gemeinderat
Kreisrat
„DIE LINKE“
Rottenburg

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer die Stadt!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer die Stadt!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer die Stadt!**

„Unsere Kinder sind es uns wert“

Mit folgendem Leserbrief wandten sich Eltern des Hohenberg-Kitas an die Öffentlichkeit. Noch vor Ende der Aktion unterschrieben innerhalb von nur 2 Stunden 450 Passanten auf der Unterschriftenliste.

„Wir sind besorgte Eltern der Hohenberg-Kita. Unsere Kinder gehen in die gleiche Krippengruppe. Sie müssen sich nun schon an die fünfte Erzieherin gewöhnen. In Gesprächen haben wir erfahren, dass die Situation in vielen Rottenburger Kitas ähnlich ist. Dabei brauchen gerade kleine Kinder bekannte Gesichter ihrer Erzieherinnen, um sich wohl zu fühlen, Vertrauen zu gewinnen und sich gesund zu entwickeln. Wenn wir unser Kind in eine Kita geben, erwarten wir, dass die Welt dort in Ordnung ist.

Bei Gesprächen mit Erzieherinnen stellte sich heraus, dass einer der Hauptgründe für den häufigen Wechsel die Eingruppierung ist, auch wenn die Stadt nach Tarif bezahlt. Sie erhalten einen Vertrag als Gruppenleiterin (S8) oder als so genannte Zweitkraft (S4). Viele haben eine Ausbildung zur Erzieherin absolviert, die dauert ca. doppelt so lange wie die zur Kinderpflegerin. Unsere Zweitkräfte sind pädagogisch top qualifiziert und keinesfalls nur für Pflege, Füttern und Anziehen der Kleinkinder zuständig. Denn sie ersetzen oft die Leitung, betreuen, pflegen, erziehen die Kinder, planen/ organisieren und führen Elterngespräche. Sie wurden mit ihrer Qualifikation eingestellt, aber als Kinderpflegerin- eingruppiert und auf eine Karriere als Gruppenleiterin verdrängt. Wir wollen eine bessere Einstufung der Erzieherinnen wie in umliegenden Kommunen, auch wenn es Mehrkosten bedeutet. Das sollten uns die Kinder wert sein. Dafür sammeln wir am Samstag auf dem Marktplatz ab 9.30 Uhr Unterschriften.“



Unterschriftensammelaktion auf dem Marktplatz am 23.7.2016
Fotos: N. Kern

Wichtiger Teilerfolg für Kita-Eltern

In der Bürgerfragestunde der letzten Gemeinderatssitzung am 26. Juli 2016 traten Kita-Eltern aus mehreren städtischen und katholischen Kitas auf. Ermutigt von 500 Unterschriften bei ihrer Aktion auf dem Metzelpfad kritisierten die Elternbeiräte den häufigen Wechsel, der besonders bei Krippen-Kindern eine vertrauensvolle Beziehung zu den Erzieherinnen gefährdet. OB Neher versuchte den Wechsel auf schwierige Arbeitsbedingungen und nicht auf die schlechte Einstufung zurückzuführen. Die Stadt sei nicht dafür verantwortlich, wenn drei Vollzeitkräfte in der Moriz-Kita für das nächste Jahr fehlen, entgegnete er einer Elternvertreterin. Das sei Aufgabe der Kirche. Schließlich erhalte sie bei Investitionen 30 Prozent Zuschuss, bei den laufenden Kosten zahle der Staat sogar 91 Prozent. Karlheinz Geppert gestand

zu, dass es im Hohenberg in den letzten drei Jahren 16 Personalwechsel gab – aus unterschiedlichen Gründen (Aufstieg Gruppenleitung, Schwangerschaften, Arbeitgeberwechsel). Elternvertreter Thomas Flemming beharrte darauf, dass die Vertretungssituation in allen städtischen Kitas unerträglich ist und die Hohenberg-Kita mitnichten ein Einzelfall ist. **Daraufhin mussten OB Neher und Geppert zugestehen, dass der Vertretungspool deutlich erhöht werden muss und die Situation in allen Kitas noch einmal untersucht wird.** Jetzt wird es darauf ankommen, dass die Eltern aus städtischen und kirchlichen Kitas weiterhin so gut zusammenarbeiten und eine Verbesserung für alle Erzieherinnen durchsetzen. **DIE LINKE** wird sie dabei unterstützen, dass ihre berechtigten Forderungen nicht gegen Wohnungsbau und Gewerbegebiete ausgespielt werden. EP

Auszug aus der Rede von Dr. Emanuel Peter im Gemeinderat am 10.5.2016

... Mir sind viele Beispiele bekannt, dass gut qualifizierte Erzieherinnen in andere Kommunen abgewandert sind. Selbstverständlich gilt die Notwendigkeit der Besserbewertung auch für niedrig bezahlte Beschäftigte in unserer Verwaltung, von denen seit Jahren immer mehr gefordert und geleistet wird. Erzieherinnen und Verwaltungsangestellte dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Das ist für eine „soziale Stadt“, wie sie der Oberbürgermeister noch in Wahlkampfzeiten als Leitbild vertreten hat, kontrapro-

duktiv. Auch diese Stellen müssen selbstredend besser eingruppiert werden. Nicht umsonst führt der Städtetag Baden-Württemberg seit 15. April eine Kampagne zur Personalgewinnung durch unter dem Motto „Wir machen's öffentlich!“

Die bessere Eingruppierung muss auch kommen, weil die Stadt mit einer Beibehaltung der Eingruppierung nach S4 Klagen der Erzieherinnen provozieren würde, Klagen, die sie verliert und das Image unserer Bildungsstadt beschädigt. Zumal sie die bessere Eingruppie-

rung sechs Monate rückwirkend zahlen müsste, also nicht einmal Geld eingespart würde. ...

Lassen Sie uns deshalb Rottenburg ein Stück zukunftssicherer machen und die Erzieherinnen endlich besser eingruppierten – sie haben es längst verdient!

Norbert Kern, Wendelsheim
- Zusammenstellung -

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Wer will's, wer braucht's? Über Entmündigung, Verantwortung und Alter

Erinnern Sie sich noch an den Augenblick als Ihnen Ihr Führerschein ausgehändigt wurde? - Vergessen waren die strengen Ermahnung des Fahrlehrers rechts zu fahren, Abstand zu halten, die Dreißiger-Zone zu achten, vergessen die Qual, das Auto beim Berganfahren nicht zurückschleppen zu lassen. Welcher Stolz erfüllte uns, jetzt diese Maschine - einigermassen - zu beherrschen. All das wird es in Zukunft nicht mehr geben. Traurig, traurig!

Das Auto der Zukunft wird alleine fahren. Niemand lenkt, niemand bremst, niemand gibt Gas, niemand blinkt, niemand hupt und es fährt doch. - Langeweile pur.

Bleibt wohl nur noch die Verantwortung über das Tun der Maschine. Jetzt wird es interessant. Wer bzw. was ist schuld, wenn es mal wieder gekracht hat? Die fehlerhafte Software oder der wenig aufmerksame zur Kontrolle verdammte Beifahrer. Eine interessante Kombination von Entmündigung und Verantwortung. Diejenigen, die das autonome Fahren bewerben, betonen, dass der Mensch in den allermeisten Fällen versagt hat.

Dummerweise hat ein tödlicher Unfall mit einem selbstfahrenden Fahrzeug gerade doch Zweifel aufkommen lassen - jetzt sind die Propagandisten in Argumentationsnot. Stressfrei soll das Fahren der Zukunft sein. Bereitet die Bereitschaft und der Zwang immer sinnvoll in die



„Autonomie“ des Fahrzeugs eingreifen zu können, wirklich weniger Anspannung?

Natürlich steckt hinter dem Ganzen ein ausgebufftes Marketingkonzept. Immer mehr Alte wollen immer noch beweglich sein, wollen frei sein - nicht mit Bussen und Bahnen und Taxis, sondern auf den eigenen vier Rädern. Auch ist das heilige Blech immer noch eine Möglichkeit zu zeigen, wer man ist.

Zwar versucht der Autoverkäufer Ihnen einzureden, nicht mehr ganz so reaktionsschnell zu sein, aber immerhin hält er Sie noch für so helle, dass er Ihnen zutraut, einen Kaufvertrag abzuschließen. Über die zittrige Unterschrift sieht der alerte Verkäufer nach-

sichtig hinweg. Auch der tattrige Kunde ist König. Er empfiehlt Ihnen aber über einige sogenannte Assistenzsysteme nachzudenken. Das Automatikgetriebe, erspart das Schalten, der Parkassistent erleichtert das Einparken ... Er hat nicht ganz Unrecht. Die Beweglichkeit im Hals- und Lendenbereich ist etwas eingeschränkt. Und der etwas harsche Aufforderung des Fahrlehrers von damals - vor gut 50 Jahren - „Augen nach hinten und A... zur Tür!“ könnte man nur mit starkem Willen und größter Anstrengung und wenig schmerzfrei Folge leisten.

Zugegeben: Anstatt einen schwergängigen Rollator mit gebeugtem Rücken und mit zitternder Hand auf holperigem Kopfsteinpflaster voranzuschleppen und hinterherzuhumpeln, mit einem vollautonomen Kütschle, das für mich denkt und lenkt, munter pfeifend seiner Mobilität zu frönen, das hat schon was. Aber bin ich dann noch so klar im Kopf, um zu merken, dass ich nicht mehr in A sondern schon in B bin?

Ich fürchte, ich werde der Erfindung der Neuen Mobilität nicht bedürfen.

Norbert Kern, Wendelsheim

Termine:

Info-Stand DIE LINKE Rottenburg auf dem Metzelpfad

Samstag, 30. Juli 2016, 10.00 - 12.00 Uhr

Kommunaler Arbeitskreis DIE LINKE Rottenburg

Mittwoch, 10. August 2016, 19.30 Uhr, Gaststätte Württemberger Hof, Tübinger Straße 14

Sommerfest der LINKEN Rottenburg

Samstag, 10. September 2016, ab 16.00 Uhr

Bieringen, Bürgerhaus „Buse“ am Sportplatz

Info-Stand DIE LINKE Rottenburg auf dem Metzelpfad

Samstag, 24. September 2016, 10.00 - 12.00 Uhr

Kommunaler Arbeitskreis DIE LINKE Rottenburg

Mittwoch, 28. September 2016, 19.30 Uhr, Gaststätte Württemberger Hof, Tübinger Straße 14

Redaktionsschluss für die Oktober-Ausgabe: Montag, 19. September 2016

Veranstaltungstermine finden Sie in der Tagespresse und auf unserer Homepage:

www.die-linke-rottenburg.de

DIE LINKE.
Neues aus dem Neckartal



Anregungen und Beiträge richten Sie bitte an

Gemeinderat Dr. Emanuel Peter (EP)

Zieglerweg 3, 72108 Rottenburg

Tel.: 07472 42096, e-mail: emanuelpeter@gmx.de



Redaktion

Norbert Kern (Ke), 72108 Rottenburg - Wendelsheim, Kornbühlstraße 75



V.i.S.d.P.

Hans Jürgen Petersen, 72108 Rottenburg
Eichendorffstr. 49